

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitglieder des LSBB,

der Vorstand tagte entsprechend des Sitzungsplanes einmal monatlich. Im Berichtszeitraum war es am 19.07. und 28.08.2018.

Im Anschluss fand eine Koordinierungsberatung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales statt.

Am 28.August waren die Mitglieder der Steuerungsrunde des „Netzwerk Aktive Senioren“ zu Gast. Es versteht sich als Informationsnetzwerk mit einem großen Spektrum an Mitgliedern, dessen Träger die vielfältigsten Themenbereiche bearbeiten. Wir haben uns über Aufgaben, Struktur und praktische Schnittstellen verständigt. Im Ergebnis wollen wir die gegenseitige Information verstärken und die Offenheit der Kommunikation auszubauen.

Die Beratungen konzentrierten sich im Weiteren auf die Vorbereitung unseres heutigen Plenums.

Schwerpunkte waren unser Beitrag zur Erarbeitung des Abschnitts „Fußverkehr“, im Berliner Mobilitätsgesetz und der Stand der Erarbeitung einer Stellungnahme der AG Verkehr und Mobilität zum neuen Berliner Nahverkehrsplan für die Jahre 2019-2023. Wie bekannt haben wir die Möglichkeit in der achtwöchigen Beteiligungsphase zum Entwurf des Nahverkehrsplan bis 30.09.2018 Stellung zu beziehen.

Unsere AG „Verkehr und Mobilität“ ist hier stark gefordert.

Der LSBB wurde von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zur Anhörung zum Referenten-Entwurf eines Landesantidiskriminierungsgesetzes für Berlin eingeladen. Der Vorstand hat eine Stellungnahme erarbeitet und termingerecht eingereicht.

Wir haben darauf hingewiesen, dass es zwingend geboten ist der Antidiskriminierungspolitik einen höheren Stellenwert, sowohl in Politik und Verwaltung als auch im gesamten gesellschaftliche Leben einzuräumen.

Wir begrüßen grundsätzlich, dass mit dem LADG Bürgerinnen und Bürger in Berlin vor Diskriminierung und Stigmatisierung im öffentlich-rechtlichen Handeln besser geschützt werden sollen. Der LSBB unterstützt das Ziel, das in der tatsächlichen Herstellung und Durchsetzung der Chancengleichheit, der Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie in einer Kultur der Wertschätzung und Vielfalt besteht. Wir haben uns natürlich auf die Altersdiskriminierung konzentriert und insbesondere für die Altersdiskriminierung im Arbeitsleben, im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik Forderungen abgeleitet.

Im Weiteren haben wir uns über den Stand der Aktualisierung der Leitlinien verständigt.

Die AG traf sich dazu am 04.09.2018. Die Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales hatte darauf hingewiesen, dass sie vom bisherigen Plan für die Neufassung der Leitlinien abgekommen ist. Für die AG ist es jetzt wichtig, erst einmal die bisherige Grundstruktur zu diskutieren und zeitnah einen Vorschlag zur Veränderung dieser Struktur einzureichen.

Im Berichtszeitraum fanden zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen statt, an denen Mitglieder des Vorstandes und sie als Mitglieder des LSBB teilgenommen haben.

Eine Auswahl:

29.08. Treff im Ehrenamtsnetzwerk Neukölln

07.09. Sommerfest der Linksfraktion des AGH

10.09. Anhörung im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung Thema: „Sicherheit im Straßenverkehr“

17.09. Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation Thema: „Ein Jahr nach den Wahlen zu den Seniorenvertretungen-Erfahrungen und Perspektiven“

17.09. Einladung der AG 60plus des SPD Landesvorstandes, zu einem gemeinsamen Treffen zum Thema: „Sicherheitsfragen mit Innensenator Andreas Geisel“

18.09. Fachtag der Landesarmutskonferenz „Recht auf Obdach“ des Arbeitskreises Wohnungsnot

Auf zwei Veranstaltungen will ich besonders eingehen:

Das Interesse am Fachtag war so groß, dass kurzfristig ein größerer Veranstaltungsort gefunden werden musste.

Das Datum wurde gut gewählt. In der Zeit vom 17.-21.09. findet die „Woche der Wohnungsnot“ statt.

Tatsächlich ist es auch so, dass sich die Zahl der wohnungslosen Menschen, die in Not-und Gemeinschaftunterkünften leben in den vergangenen Jahren in Berlin drastisch erhöht hat.

Ende 2016 wurden 30.718 wohnungslose Menschen registriert. Und Ende 2017 waren es bereits 36.905 Menschen, darunter 6435 Flüchtlingen, die ein anerkanntes Asylverfahren durchlaufen haben. Nach Prognosen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist mit 47.000 Menschen zu rechnen, die in den nächsten Jahren untergebracht werden müssen. Eine Zahl über freie Kapazitäten, Plätze oder Wohnungen in Berlin gibt es aber nicht. Laut Statistik sind 22,3 Prozent der Fälle Betroffene mit Kindern, die in Notunterkünften leben. Die Zahl der Älteren nimmt ebenso zu.

Der LSBB unterstützt die Auffassung der Wohlfahrtsverbände, dass Obdachlosigkeit die Grund-und Menschenrechte gefährdet und die stärkste Form der Ausgrenzung von Menschen in der Gesellschaft darstellt. Für die Polizei zählt die Obdachlosigkeit zur höchsten polizeilichen Gefahrenzone.

Es scheitert an geeigneten Räumlichkeiten, an Einrichtungen für spezifische Zielgruppen, z. B. wohnungslose Frauen, wohnungslose Alleinerziehende und Paare mit minderjährigen Kindern, Alleinstehende wohnungslose Menschen und für pflegebedürftige wohnungslose und ältere Menschen. Sie müssen in ausreichender Anzahl geschaffen werden. Die langfristige Unterbringung nach dem Allgemeinen

Sicherheits-und Ordnungsgesetz (ASOG) des Landes Berlin ist keine menschenwürdige Lösung.

Das alles ist bekannt. Aber klar ist auch, dass es die Auswirkungen und Folgen der Veränderungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind. Sie wirken sich besonders nachteilig auf einkommensschwache und wohnungslose Menschen aus. Lange hatte die Politik in der Vergangenheit das Thema klein geredet. Der Abbau der Zahl für Wohnungen im „Geschützten Marktsegment“ war die Folge. Der jetzige Senat plant den Ausbau des „Geschützten Marktsegments“ auf 2500 Wohnungen im Jahr. Aktuell fehlen jedoch noch 1000 Wohnungen. Deshalb werden nun auch private Vermieter*innen als Kooperationspartner angesprochen.

Wir müssen als LSBB immer wieder darauf bestehen, dass die spezifische Gruppe der oftmals pflegebedürftigen, kranken älteren Menschen nicht aus dem Fokus gerät.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Die Anhörung im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zum Thema: „Sicherheit im Straßenverkehr“, hatte ebenfalls das große Interesse der Öffentlichkeit und der Medien.

Ich habe über die besondere Situation von Senior*innen im Straßenverkehr gesprochen und wollte die Anwesenden dafür sensibilisieren.

Ausgehend von den Veröffentlichungen in der Presse scheint dass zumindest medial gelungen zu sein.

Von Vorteil war, dass die Landesseniorenvertretung bereits umfangreiche Forderungen zum Baustein „Fußgesetz“ des Mobilitätsgesetzes erarbeitet hatte. Der Vorstand des LSBB hat sie übernommen. Bei der Anhörung ging es um die zunehmende Rücksichtslosigkeit und Gewaltbereitschaft im Straßenverkehr, um die Funktion und Verortung von Fahrradstreifen, um Flächenkonkurrenzen auf den Gehwegen, um klare Regeln für E- Bikes, um die Programmierung von Lichtsignalanlagen u.v.m.

Ich habe gefordert, dass insbesondere die schwächsten Teilnehmer am Verkehr, die Kinder, die behinderten und älteren Menschen in den Mittelpunkt von Politik gehören.

Diese Anhörung war allein in den letzten Monaten die 4., zu der der LSBB, in sehr unterschiedliche Ausschüsse des AGH geladen wurde.

So können wir unserer beratenden Funktion entsprechend Seniorenmitwirkungsgesetz § 7 gerecht werden. Offensichtlich ist jetzt im Senat und im AGH angekommen, dass es einen LSBB gibt der leistungsfähig und leistungsbereit ist und dass sich die Zahl der älteren Bürger stetig erhöht.

Allerdings brauchen wir als ehrenamtliche tätige Akteure auch eine nachhaltig dauerhaft gesicherte und hauptamtlich geleitete Geschäftsstelle.

Wir haben die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auf diese Forderung aufmerksam gemacht.

Wir dürfen auch nicht nachlassen immer wieder die Interessen der Senior*innen dieser Stadt zu vertreten.

Dazu besteht am 01.10.2018 die nächste geeignete Möglichkeit. Es ist der „Internationale Tag der älteren Menschen“ - der Weltseniorentag. Nutzen sie die Aktionen und Veranstaltungen, um auf die Situation und Belange der älteren Menschen aufmerksam zu machen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Eveline Lämmer
Vorsitzende